

Stadtratssitzung am 06. März 2024

Hier: Rede zur Vorlage DS-Nr. 20/2024 - Umstellung der Versorgung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) auf wiederaufladbare Sachbezugs- bzw. Bezahlkarten

Sehr geehrte Stadtratsmitglieder,
Zuschauer an den Fernsehgeräten,
werte Gäste,

ich spreche jetzt als Person Antje Pelzel zum Thema der Einführung einer Bezahlkarte für Flüchtlinge.

Den Antrag hab ich schon mal gesehen auf einer zurückliegenden Tagesordnung des Stadtrates. Auf Antrag der AfD, der Antrag kam nicht zur Debatte. Nun wird er aber erneut durch die CDU eingebracht.

Was soll damit eigentlich erreicht werden? Der Leistungsanspruch der Betroffenen ändert sich dadurch nicht. Es wird lediglich die Art und Weise, wie Leistungen bereitgestellt werden, neugestaltet.

Ein häufig genanntes Argument für die Bezahlkarten ist die Befürchtung, dass Geld in die Heimatländer geschickt wird. Ich möchte klarstellen, dass Flüchtlinge nach dem Asylbewerberleistungsgesetz derzeit 460 Euro erhalten, von denen nach Abzug von Kosten für Unterkunft und Essen keine 300 Euro übrigbleiben. Der finanzielle Spielraum ist also bereits sehr begrenzt. Welche Höhe eines Geldtransfers erwarten Sie bei solch einer niedrigen zur Verfügung stehenden Summe?

Der Geldtransfer in Heimatländer passiert, das ist nicht von der Hand zu weisen. Doch dies geschieht in der Regel erst, wenn Menschen mit Fluchtgeschichte hier Arbeit gefunden haben und somit keine Bezahlkarte mehr erhalten. Es ist also ein Zeichen von Integration und eigenständigem Wirtschaften, nicht von Missbrauch.

Zudem wurde die Einführung von Bezahlkarten bereits auf Landes- und Bundesebene beschlossen und einheitliche Regelungen sind vorgesehen. Warum also sollten wir uns auf kommunaler Ebene mit einem Mehraufwand belasten, um dann bei Eintreten der bundesweiten Regelung erneut umzustellen? Das bedeutet doppelten Aufwand ohne nachhaltigen Nutzen.

Mein Eindruck ist, dass diese erneute Debatte um den Antrag der CDU weniger von sachlichen Argumenten getrieben wird, als vielmehr von dem Bestreben, einer bestimmten politischen Strömung zu entsprechen. Wir sollten uns nicht von Rechtsaußen vor uns hertreiben lassen und stattdessen auf vernünftige, bereits beschlossene Lösungen setzen.

Ich sehe diese Diskussion daher als eine Scheindebatte an, die unsere Zeit und Ressourcen beansprucht, ohne einen echten Mehrwert zu bieten. Lassen Sie uns gemeinsam auf die bereits in Aussicht gestellten einheitlichen Regelungen hinarbeiten und unsere Energie auf echte Integration und Unterstützung derjenigen konzentrieren, die unsere Hilfe wirklich benötigen.

Ich empfinde den vorliegenden Antrag überflüssig. Er zeigt nur, dass sich die CDU- Fraktion von Rechtsaußen vor sich hertreiben lässt. Ich werde dem Antrag nicht zustimmen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.